

Zwei Umfragen, zwei Ergebnisse

Ist die Migration nun eine prioritäre Sorge der Romands oder nicht?

SERAINA GROSS, Genf

Die politisch neutrale Umfrage ist eine Illusion. Das zeigen die gegensätzlichen Resultate, zu denen die Umfrageinstitute gfs.bern und M.I.S. Lausanne mit Bezug auf die Sorgen der Romands kommen.

Wie kommt es, dass das Thema Migration vom Umfrageinstitut gfs.bern als eine prioritäre Sorge der Romands ausgewiesen wird, während das M.I.S. in Lausanne das Thema Schule als vordringlich identifiziert? Darüber wird gerätselt, seit Télé Suisse Romande (TSR) und Radio Suisse Romande (RSR) am Wochenende eine Umfrage des Lausanner Instituts M.I.S. publizierten, welche den Erkenntnisstand des gfs.bern fundamental infrage stellt – des Instituts wohl-gemerkt, das im Auftrag der SRG, zu der TSR und RSR gehören, die nationalen Umfragen zu den Wahlen vom Herbst durchführt.

Auch in der Romandie, so das gfs.bern Ende April, ist die Zuwanderung das Thema, das am meisten drückt. 15 Prozent der Befragten (Deutschschweiz: 23 Prozent) nannten ein Thema in diesem Zusammenhang, nachdem sie nach dem «dringendsten Problem» gefragt worden waren, welches die Schweizer Politik heute zu lösen habe. Es folgten die Arbeitslosigkeit (14 Prozent), Umweltthemen (13 Prozent), die Gesundheitsversorgung (neun Prozent), die soziale Sicherheit (acht Prozent) und das Verhältnis der Schweiz zu Europa (vier Prozent).

Ganz anders präsentiert sich das Sorgenbarometer, welches das

Lausanner M.I.S. am Wochenende vorlegte. In der Romandie, so die überraschende Erkenntnis, dreht sich alles um die Schule. Ganze 58 Prozent der Befragten nannten ein Schulthema, nachdem sie gefragt worden waren, welchen Politikbereichen ihrer Meinung nach mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte.

TOPTHEMA SCHULE. Die Sorge der Romands gilt der Dauerreform der Schule, dem Unterrichts-niveau und den Fähigkeiten der Lehrer. Als weitere Topthemen hat das M.I.S., wie zuvor das gfs.bern, die Umwelt und die Arbeitslosigkeit eruiert. Die Migration hingegen, das Wahlkampfthema schlechthin, rangiert beim M.I.S. unter «ferner liefen». Nur gerade 38 Prozent der Befragten sehen in der Migration ein Problem.

Ausgeschlossen ist, dass sich die Prioritäten zwischen den beiden Umfragen derart stark verschoben haben. Dazu war die Zeit zu kurz. Hingegen führt die Frage nach der Methodik weiter. Der Themenkatalog und die Zuordnung der Aussagen der Befragten zu den Themen sind vorentscheidend für das Resultat einer Umfrage. Das M.I.S. bemühte sich, so Christophe Müller, um ein «möglichst breites Themenspektrum». «Wir wollten Themen auf den Radar bekommen, die nicht ständig im Vordergrund stehen.» Ganz anders das gfs.bern: Es hielt den Themenkatalog kurz. Die anfänglich 40 Themen aus einer ersten Umfrage im letzten Jahr wurden auf

zehn reduziert. Den wichtigsten Unterschied aber machten die beiden Institute bei der Zuordnung der Aussagen. «Wir versuchten, die Dinge zu trennen», sagt Müller. Das Thema Migration etwa findet sich beim M.I.S. unter mehreren Titeln wieder: Wohnungsmarkt, Arbeitsmarkt, Bildung oder Kriminalität. Beim gfs.bern fallen laut Longchamp «alle Nennungen, in denen das Wort Ausländer fällt, unter den Titel «Migration».

Trennen oder zusammenführen? Wie viel Politik in dieser Frage steckt, zeigt ein Blick auf die aktuelle Diskussion um die Personen-freizügigkeit mit der EU: Die SVP führt die Probleme auf dem Arbeitsmarkt, dem Wohnungsmarkt und bei der Kriminalität auf die Migration zurück; die SP fordert Mindestlöhne, den Bau günstiger Wohnungen und eine bessere Integration ausländischer Jugendlicher, um die unerwünschten Folgen der Migration zu bekämpfen.

KEIN GEGENPROJEKT. Stellt sich die Frage, warum TSR und RSR zusätzlich zur Umfrage der SRG eine eigene Umfrage in Auftrag gegeben haben? Ist man bei der Radio Télé Suisse, der SRG-Unternehmens-einheit, in der TSR und RSR seit einem Jahr zusammengefasst sind, nicht zufrieden mit der Arbeit des gfs.bern? «Nein», sagt Jean-Jacques Roth, Chef der Abteilung Information, «unser Ziel war es, den Sorgen der Menschen vertieft nachzugehen. Deshalb haben wir uns entschieden, im Wahljahr eine eigene Umfrage zu machen.»